

Newsletter der grünen Kreistagsfraktion

Rückblick 2020, Ausblick 2021 - Informationen, Einschätzungen und Stimmen

Liebe Grünbewegten im Kreis Pinneberg,

an erster Stelle möchten wir allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung und der kreiseigenen Gesellschaften für Ihre Arbeit in diesem in jeder Hinsicht herausfordernden Jahr danken. Insbesondere das Gesundheitsamt, aber auch die GAB haben mit ihrem großen Einsatz dabei geholfen das Leben in diesen pandemischen Zeiten für die Bürgerinnen und Bürger etwas einfacher zu machen.

Hinter uns allen liegt kein einfaches Jahr, bedingt durch Corona war nichts mehr so wie zuvor. Auch die Arbeit in den Gremien des Kreises wurde seit März 2020 durch die Pandemie bestimmt. Nicht öffentliche Abstimmungsgespräche, Eilentscheidungen des Landrates und der Dauereinsatz des Gesundheitsamtes prägten das Geschehen auf der politischen Kreisebene. Telefon- und Videokonferenzen statt persönliche Treffen sind für uns alle seither zur neuen „Normalität“ geworden. Durch die auf ein Minimum reduzierten Treffen, mit strengem Hygienekonzept, konnten notwendige Beschlüsse dennoch gefasst werden, wenn auch in sehr beschränktem Rahmen. Die notwendigen Sitzungen der Gremien können zukünftig auch ohne persönliche Anwesenheit der Mandatierten als Videokonferenz durchgeführt werden, an den technischen Voraussetzungen für Beschlüsse allerdings wird noch eine Weile zu arbeiten sein.

Hervorzuheben ist die Verabschiedung des Doppelhaushaltes für die Jahre 2021/2022 als Basishaushalt mit einer überwältigenden Mehrheit. Die dringend notwendigen Investitionen und Stellenbedarfe der Verwaltung konnten somit zeitgerecht auf den Weg gebracht werden. Auf unsere Initiative hin wurde bereits beschlossen im April 2021 einen Nachtragshaushalt auf den Weg zu bringen, der dann die offen gebliebenen Punkte beinhalten soll. Das wird noch mal ein hartes Stück Arbeit werden.

Erstmals in der Geschichte des Kreises wird nunmehr eine Landrätin der Verwaltung vorstehen. Die Vorstellungsgespräche gestalteten sich angesichts der Rahmenbedingungen als nicht einfach und bedingt durch die hohe Qualität der Bewerbungen war die Auswahl auch durchaus zeitintensiv und herausfordernd für die Kreistagsfraktion. Mit Frau Heesch haben wir nunmehr eine überaus kompetente neue Landrätin für den Kreis Pinneberg gewinnen können. Wir sind gespannt wie sich die Zusammenarbeit entwickelt.

Die Kreistagsfraktion ist seit der letzten Kommunalwahl noch einmal größer geworden, daher haben wir zur weiteren Unterstützung eine Fraktionsgeschäftsführung ausgeschrieben. Seit September letzten Jahres unterstützt uns Dieter Schott aus Pinneberg in dieser neuen Funktion.

AUS DEM FINANZAUSSCHUSS

Jahrelang war der Kreis Pinneberg notleidend. Das Eigenkapital war negativ und die Haushalte konnten nur über entsprechende Hilfen des Landes und die Aufnahme von Krediten ausgeglichen werden. Durch die gute wirtschaftliche Entwicklung und eine Haushaltspolitik im Kreistag mit Augenmaß konnte diese Phase durchstanden und der Kreishaushalt ins Positive geführt werden. Mittlerweile ist das Eigenkapital des Kreises endlich positiv geworden und es brauchen für die laufenden Ausgaben praktisch keine neuen Kredite aufgenommen werden.

Außerdem konnte in 2020 die Kreisumlage um 2 Prozentpunkte auf einen Hebesatz von 35,25 Prozent gesenkt werden, so dass die Gemeinden, die den Kreis im Wesentlichen über die Umlage finanzieren, entlastet werden.

Die Corona-Pandemie hat diesen Erfolg weitgehend zunichte gemacht. Die kommenden Haushalte werden wieder eine Unterdeckung ausweisen. Dabei ist die genaue Höhe noch nicht absehbar, da noch nicht alle Folgen der Pandemie und der von Bund und dem Land Schleswig-Holstein vorgesehenen Entlastungsmaßnahmen abschließend bewertet werden können. In der letzten Kreistagssitzung im Dezember 2020 wurde daher nur ein Basis-Haushalt verabschiedet, mit der die Arbeitsfähigkeit der Kreisverwaltung gerade in der Pandemie-Zeit sichergestellt wird. Denn der Kreis ist für das Gesundheitsamt zuständig, dass jetzt ohne Einschränkungen weiterlaufen muss.

Wir Grüne werden unsere Wünsche in Richtung Klimaschutz und Verkehrswende bei den im Frühjahr anstehenden Verhandlungen für die Ergänzung dieses Basishaushaltes einbringen. Entscheidend wird aber sein, die Leistungsfähigkeit des Kreises für alle Bürger aufrecht zu erhalten. Denn nicht nur die Pandemiefolgen, sondern auch die Umstellung in der Kita-Finanzierung durch das Land und die Einführung des Bundesteilhabegesetzes haben erhebliche finanzielle Folgen auch für den Kreis. Da werden dann durchaus Einschränkungen bei den politischen Wünschen aus den Parteien erforderlich sein.

AUS DEM AUSSCHUSS FÜR SOZIALES, GLEICHSTELLUNG, GESUNDHEIT UND SENIOREN

Mit insgesamt drei Präsenzsitzungen war auch dieser Ausschuss nicht wirklich arbeitsfähig. Nachdem der Schock des ersten Lockdowns ein wenig abgeklungen war, gab es erste zaghafte Versuche per Videokonferenz die wichtigsten Eckpunkte für den Doppelhaushalt zu setzen. Eine letzte Präsenzsitzung im November konnten wir dann dazu nutzen noch einige Beschlüsse für den Haushalt auf den Weg zu bringen. Der Großteil der Themen musste aber in den Nachtrag verschoben werden. Ein Herzensprojekt – die Kostenübernahme von Verhütungsmitteln für Frauen mit geringem Einkommen – leider auch. Nachdem das Projekt im Jahr 2020 gut angenommen wurde und die Schwangerenberatungsstellen die Mittel bis Ende des Jahres ausgeschöpft hatten, gibt es jetzt den Antrag von uns, der Linken und der SPD dieses Angebot dauerhaft zu installieren. Die Mehrheitslage im Ausschuss sieht im Moment ziemlich gut aus, so dass wir guten Mutes sind, diesen Antrag im Nachtrag auch beschließen zu können und die Beratungsstellen für die Jahre 2021 und 2022 jeweils 15 000 Euro für die Übernahme von Verhütungskosten für Menschen mit geringem Einkommen zur Verfügung haben werden.

Ein zweiter Punkt der uns in der Ausschussarbeit begleitet, ist die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes. Das hat unmittelbare Auswirkungen auch auf die Werkstätten für behinderte Menschen. Hier werden wir sehr genau verfolgen wie der Kreis die Gesetzesvorlagen umsetzt und wir werden uns wenn nötig einmischen, denn der erste Lockdown, der die Beschäftigten ins Zuhause gezwungen hat, hat noch einmal bestätigt, wie wichtig das Thema Teilhabe ist. Wie wichtig Arbeit und soziales Leben gerade für die oft sehr vereinsamten Menschen mit Behinderungen ist, ließ sich daran ablesen, wie froh sie waren, wieder zurück kommen zu können und mit welchem Elan sie sich wieder in die Arbeit geworfen haben – und das obwohl sie für ihre Tätigkeit im Schnitt nur einen geringen Monatslohn erhalten.

AUS DEM JUGENDHILFEAUSSCHUSS

Auch im Jugendhilfeausschuss war in diesem Jahr Corona bedingt vieles anders. Am Anfang der Pandemie fanden keine Ausschüsse mehr statt und es gab stattdessen digitale

Abstimmungsgespräche zwischen der Verwaltung und den jugendpolitischen SprecherInnen. Diese Maßnahme schloss einen Großteil der beratenden und stimmberechtigten Mitglieder aus und so waren wir froh als die Ausschüsse wieder in voller Besetzung unter Hygieneauflagen stattfinden konnten. Neben Nadine arbeitet seit dem Jahr 2020 Sylvia Jacobi als Bürgerliches Mitglied ständig im Ausschuss mit.

Durch die gute Zusammenarbeit mit den anderen Fraktionen und den Fachleuten haben wir es jedoch gemeinsam geschafft, viele Themen aus dem JHA im Basishaushalt unterzubringen und das Präventionskonzept neu zu überarbeiten. Im Jahr 2021 haben wir uns eine Reformierung der Beitragsstrukturen im Hort sowie eine Auseinandersetzung mit Qualitätsstandards in der Schulkindbetreuung und der Vorschularbeit vorgenommen.

Besondere Highlights:

Sexual- und Gewaltprävention

Das Thema Sexual- und Gewaltprävention hat in den letzten Jahren immens an Bedeutung gewonnen und so konnten wir gemeinsam mit allen Fraktionen erreichen, dass das Budget in diesem Bereich auf 500.000,- € pro Jahr erhöht wird. Die strategische Ausrichtung der Förderung soll dem Ausbau der Programme zur Prävention von rassistischen, diskriminierenden, gewaltbereiten und gewalttätigen Tendenzen sowie zum Jugendschutz/ gegen Missbrauch von digitalen Medien (insbesondere Gewaltverherrlichung, sexualisierte Gewalt) dienen.

Investitionen zur Schaffung von Betreuungsplätzen

Für die Schaffung von Plätzen in Kindertageseinrichtungen wurden die noch nicht abgerufenen Mittel einstimmig in das Jahr 2021 übertragen und jeweils 3.000.000 € für die Jahre 2021 und 2022 in den Haushalt eingestellt. Diese Gelder können von allen Kommunen für neu geplante Kita Neubauten oder Erweiterungen beim Kreis beantragt werden.

Kostenbeitrag bei Jugendlichen aus Pflegeeinrichtungen in beruflicher Ausbildung

Auch hat uns die aktuelle Situation von Jugendlichen aus Pflegeeinrichtungen beschäftigt. Wer in Deutschland in einer Pflegefamilie oder in einem Heim lebt und eine betriebliche Ausbildung absolviert, muss 75% seines Nettoeinkommens an das Jugendamt abtreten. Das hält Jugendliche oftmals davon ab sich für eine Berufsausbildung zu entscheiden. Wir haben uns im Kompromiss mit der Verwaltung mehrheitlich gegen jegliche Heranziehung ausgesprochen, um jungen Menschen in Ausbildung Selbstvertrauen und auch finanzielle Handlungskompetenzen zu geben.

Trauerarbeit für Kinder und Jugendliche bei familiären Krankheits- und Unglücksfällen

Eine Herzensangelegenheit ist für uns der Antrag des Vereins *Kindesglück und Lebenskunst e. V.* Bislang gibt es keine feste Anlaufstelle für Trauerberatung bei Kindern, nur wenige einzelne Angebote, meist für Erwachsene. In unserem Antrag für den Nachtragshaushalt fordern wir die Aufnahme von „Trauerbegleitung/Bewältigung von familiären Krankheitssituationen“ in das Präventionskonzept des Kreises Pinneberg.

Kita-Reform

Die Kita-Reform hat uns und auch die Kommunalpolitik weiterhin stark beschäftigt. Insbesondere Auswirkungen auf Qualität und Strukturen haben wir thematisiert. Die Tagespflege ist ein Baustein, mit dem wir uns intensiv beschäftigen müssen. Durch die Kita-Reform spart der Kreis Kosten ein, die wir in die Qualitätssteigerung von Tagespflege und Kita investieren wollen. Dazu haben wir uns im Sommer und Herbst intensiv mit den Tagespflegepersonen und Kitaleitungen beraten. Die frühkindliche Bildung hat in Grün eine starke Stimme und so soll es auch bleiben.

Gelungener Start von PIA und Stipendium für angehende Erzieher*innen

Das vom Kreis Pinneberg auf dem Wege gebrachte Stipendium für angehende ErzieherInnen wurde sehr gut angenommen. Die SchülerInnen, die das Angebot in Anspruch nehmen, verpflichten sich im Gegenzug dazu, nach ihrer Ausbildung im Kreis Pinneberg für mindestens drei Jahre zu arbeiten. Auch die neue PIA-Klasse für eine berufsbegleitende ErzieherInnenausbildung startete erfolgreich nach den Sommerferien. Wir werben unablässig dafür, dass die Kommunen dieses schöne Modell fördern. So hat die Stadt Uetersen beschlossen, dass sie für jede Kita vor Ort eine PIA-Ausbildung pro Jahr finanziert. So sind wir hier im Kreis Pinneberg, was vergütete und somit attraktive Ausbildungsplätze angeht, für die Zukunft gut aufgestellt.

AUS DEM SCHUL- UND KULTURAUSSCHUSS

Auch dieser Ausschuss wurde von Corona dominiert. Es fanden vergleichsweise wenige Sitzungen statt und ein „Präsenz-Kaminabend“ mit den Schulpolitischen SprecherInnen. Der Runde Tisch Kultur wurde digital abgehalten und die offensichtlichen Sorgen und Nöte der Kulturschaffenden wurden nochmal eindrücklich von den Leidtragenden dargestellt.

Der Ausschuss kam daraufhin einstimmig zu dem Ergebnis, die Kulturförderrichtlinie dahin gehend zu ändern, die in 2020 nicht verausgabten Mittel ins kommende Jahr zu übertragen. Nun werden wir auch die Richtlinien für die Vergabe der Zuschüsse vereinfachen und so ein wenig dazu beitragen, dass die Kulturschaffenden im kommenden Jahr weiterhin in ihrem Metier arbeiten und dann auch hoffentlich wieder die Öffentlichkeit daran teilhaben lassen können.

Die Weiterentwicklung und Finanzierung der SchülerInnenbeförderung wird uns auch im neuen Jahr beschäftigen.

Der kreisweite Schulentwicklungsplan ist leider nach wie vor nicht aufgestellt worden: zunächst wurde ein EDV-Programm dafür gekauft, was jedoch Startschwierigkeiten hatte und dann doch auf 2021 verschoben. Wir dürfen gespannt sein.

Die Förderzentren erhalten eine erweiterte Ganztagesbetreuung und für alle kreiseigenen Schulen wurden div. Maßnahmen für den kommenden Doppelhaushalt beschlossen, sowohl für die weitere Digitalisierung und Umsetzung des Digitalpaktes, als auch bauliche Maßnahmen.

AUS DEM UMWELTAUSSCHUSS

Knickschutz verstärken!

Das war der Auftrag, den wir auf der KMV im Juni erhalten haben. Die Initiative gab der OV Quickborn. Darauf fand sich ein kleiner Kreis Interessierter, die sich, so gut es eben unter den Bedingungen der Pandemie möglich war, trafen und in einen lockeren Austausch traten. Wir kamen sehr schnell zu dem Resümee, dass in den Orten nicht überall klar ist, wie die Untere Naturschutzbehörde, die für einen wirksamen Knickschutz zuständig ist, diesen sicherstellt.

Auf unsere Initiative hin stellten wir zusammen mit den Fraktionen der SPD, der FDP und den Linken einen Antrag, in dem die Evaluation und die Fortschreibung des Naturschutzkonzeptes 2000 und der Naturschutzperspektive 2020 beschlossen wurde. Die Kreisverwaltung wurde gebeten, zusammen mit dem Ausschuss, Leitlinien für ein künftiges Konzept auszuarbeiten. Für die Fortschreibung soll der Punkt 6. der Durchführungsverordnung zum Knickschutz aus dem Januar 2017 besondere Berücksichtigung finden. Hier ist festgelegt, dass die Unteren Naturschutzbehörden regionale Knickschutzprogramme zu entwickeln haben, die der Sicherung und Verbesserung der Knickfunktionen sowie der Sicherung und Wiederherstellung der Durchgängigkeit und Vollständigkeit des Knicknetzes dienen sollen. Dieser Teil des Antrages wurde einstimmig angenommen.

Eine aus unserer Sicht nötige Ausweitung des Stellenplans für diese Aufgaben fand in den Reihen der CDU und AfD keine Zustimmung, wurde aber mehrheitlich mit den Stimmen der anderen Fraktionen bewilligt.

Abfallentsorgung im Kreis Pinneberg weiterhin sicherstellen

Der im Kreis Pinneberg anfallende Abfall wird immer noch von der kreiseigenen Gesellschaft GAB, an der die Firma Remondis mit beteiligt ist, über das Abfallwirtschaftszentrum in Tornesch-Ahrenlohe entsorgt. Auch in der extremen Situation der Corona-Pandemie hat es die GAB geschafft, alle Entsorgungsangebote einschließlich des Recyclinghofes aufrecht zu erhalten.

Der Entsorgungsvertrag zwischen GAB und dem Kreis Pinneberg muss in fünf Jahren erneuert werden. Derzeit laufen die Überlegungen, wie der Kreis den Anforderungen der EU gerecht werden kann, ohne unseren kreiseigenen Entsorger zu gefährden. Für die grüne Kreistagsfraktion maßgeblich ist, dass die Abfallentsorgung im Kreis auch weiterhin in den kompetenten Händen des Kreises und seines kreiseigenen Unternehmens GAB bleibt und die Abfallgebühren bezahlbar bleiben.

Mit der Tochtergesellschaft USN im Jahr 2020 konnten wir weiterhin die Zuständigkeit für die Sammlung der Wertstoffe im Kreisgebiet sichern und die gelbe Tonne, sogar in zwei Größen, einführen. Diese Arbeit wollen wir fortsetzen und im Abfallwirtschaftskonzept des Kreises Schwerpunkte in der Aufklärung und Wertstoffsammlung setzen. Um das Recycling zu optimieren fordern wir in einem Antrag die Prüfung zur Einführung einer Wertstofftonne. Die politische Debatte dazu steht noch aus.

GAB plant neue Müllverbrennungsanlage in Tornesch

Nach fast 50 Jahren hat das Müllheizkraftwerk der GAB ausgedient und soll durch einen Neubau ersetzt werden, was umfangreiche Planungen notwendig macht. Die jetzige Anlage ist für 88.000 t ausgelegt. Müll, der nicht bei uns im Kreis Pinneberg verbrannt werden kann, wird seit geraumer Zeit in andere Anlagen transportiert.

Wie bereits der Zeitung zu entnehmen war, soll die neue Anlage für eine Müllmenge von 130.000 t ausgelegt werden. Sollte alles planmäßig verlaufen, könnte 2026 eine moderne Verbrennungsanlage in Betrieb genommen werden. Nach heutigen Schätzungen belaufen sich dann demnach die Kosten für diese Investition auf 80 Millionen Euro.

Wir haben sehr rege diskutiert, ob eine Kreislaufwirtschaft, das Aufkommen an Müll schon in der mittelbaren Zukunft verringern könnte, aber niemand kann in die Glaskugel sehen. Wir wollen keinen Mülltourismus: weder von der GAB zu anderen Anlagen wg. der derzeitigen Unterdimensionierung der Altanlage noch zur GAB hin von fremden Kreisen. Die Tatsache, dass die bestehende Anlage störanfällig wird und am Ende auch die geforderten Emissionsgrenzwerte nicht mehr eingehalten werden, war auch bei uns der Ausschlag dem von GAB aufgezeigten Weg unsere Zustimmung zu geben.

Leitstelle Klimaschutz

Die Leitstelle hat – auch dank personeller Aufstockung – das Angebot für Kommunen erweitert. Im Februar fand eine Veranstaltung im Kreishaus statt, die sehr gut besucht war. Der für den Herbst vorgesehene Folgetermin fiel der Pandemie zum Opfer. Die Kommunen haben die Möglichkeit eine Ausstellung „Klimaschutz im Alltag“ zu buchen. Außerdem unterstützt die Leitstelle Kommunen auf Anfrage mit dem Klimanavi beim Erstellen einer CO₂ Bilanz. Erstmals fand das Projekt „Vielfalt im Vorgarten“ in Form eines Wettbewerbs statt.

Wir unterstützen die Bemühungen der Leitstelle Fördermittel des Bundes in Anspruch nehmen zu können. Ziel soll sein, den Kommunen im Kreis passgenaue Beratung zum Klimaschutz anbieten zu können. Das Klimaschutzkonzept des Kreises ist von 2014 und soll nun überarbeitet werden.

AUS DEM WIRTSCHAFTS- UND VERKEHRSAUSSCHUSS

Die Corona Krise hat auch unsere Arbeit in dem AfWRV beeinträchtigt. Es fanden nur ganz wenige Sitzungen in Präsenz statt.

ÖPNV stärken

Unser Antrag zum ÖPNV zum Doppelhaushalt wurde zunächst abgelehnt aber in nächsten Monaten ist noch Gelegenheit im Rahmen des Nachtragshaushaltes da was zu bewegen.

Es gab eine Online Abfrage zum Regionalen Verkehrsplan (RNVP) mit großer Beteiligung. Auch wir hatten im letzten Jahr eine Konferenz zum RNVP, wo viele Vorschläge eingegangen sind, die wir in diesem Jahr im Verkehrsplan verabschieden werden.

Der Kreis Pinneberg hat im Hamburger Verkehrsverbund HVV beim letzten Fahrplanwechsel im Dezember 2020 weitere Verbesserungen vorgenommen. Nun gibt es eine Expressbuslinie von Uetersen zum Bahnhof Tornesch und im Bereich Barmstedt wurde der on-demand-Verkehr, also der ÖPNV auf Buchung durch ein Anrufsammeltaxi (AST) verstärkt. Wir Grüne werden uns auf Kreisebene für weitere Verbesserungen einsetzen, gerade auch für Taktverdichtungen, wo sie sinnvoll sind, so z.B. in den morgendlichen Stoßzeiten, zu denen auch Schüler den ÖPNV nutzen. Ein Grüner Erfolg ist auch das seit dem 01.01.2021 eingeführte HVV-Azubiticket für die Auszubildenden, die im Kreis Pinneberg leben. Die Vergünstigung ist dem Semesterticket ähnlich und wird von Arbeitgebern und vom Kreis Pinneberg gefördert, so dass für die Azubis nur noch 30 Euro monatlich zu zahlen sind.

Und immer wieder die K22

Beim Straßenverkehr steht das von uns Grünen kritisierte Projekt der Kreisstraße 22 von Uetersen nach Tornesch weiter in der Schwebe. Entscheidend wird jetzt sein, dass die K 22 bald zwischen Uetersen und Tornesch vernünftig instandgesetzt und mit einem Radweg ausgerüstet werden kann. Die Politik in Tornesch sollte sich positionieren, wie sie mit dem Thema Bahnübergänge weiter vorgehen will. Kreuzungsfreie Überquerungen durch Brücken oder Unterführungen sind derzeit nicht in Sicht. Gerade wenn der von uns Grünen immer wieder im Bund und Land forcierte Ausbau des dritten Gleises zwischen Elmshorn und Hamburg und die Einführung der S4-West nach Elmshorn umgesetzt werden, müssen hier sinnvolle Lösungen gefunden werden.

Vorfahrt für Radwege

Die Kreisverwaltung hat sich dank des Grünen Anschubs deutlich in Richtung eines Radwegekonzeptes bewegt und unterstützt dies nun sehr aktiv. Der Radschnellweg von Elmshorn nach Hamburg wird kommen. Und die Bike-and-Ride-Stationen werden auch den Weg ins Kreisgebiet finden. Ärgerlich sind dann aber immer wieder Anschlüsse außerhalb der geschlossenen Ortschaften, wo oft der Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr zuständig ist. Der Radweg entlang der L 107 zwischen Prisdorf und Tornesch ist z.B. in einem erbärmlichen Zustand, obwohl er als Schulweg dringend benötigt wird. Der Landesbetrieb will frühestens ab 2023 eingreifen. Wir werden nun versuchen, eine Lösung für eine Notreparatur zur Sicherstellung der Verkehrssicherheit zu finden.

AUS DEM PRÄSIDIUM

Erinnerungsorte und Gedenkstätten im Kreis Pinneberg fördern

Am 27. Januar wird in Deutschland der „Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“ begangen. Seit 1996 ist das so. Zum Gedenken versammeln sich an sehr vielen Orten Menschen, um der Millionen Getöteten zu gedenken, die im Faschismus ihr Leben lassen mussten. Die zentrale Veranstaltung des Kreises Pinneberg findet traditionell in der Drostei statt.

2020 fand dazu deutschlandweit ein Beleuchtungs-Flashmob an den Gedenkstätten zum Nationalsozialismus statt. An der konzertierten Aktion „Lichter gegen Dunkelheit“ soll auf die erinnerungskulturelle und demokratische Bedeutung der Erinnerungsorte hingewiesen werden. Aus dem Kreis Pinneberg beteiligte sich das Henri-Goldstein-Haus im Himmelmoor. Auch die KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen in Springhirsch, kurz hinter der Kreisgrenze im Kreis Segeberg gelegen, machte mit.

Die verschärften Corona-Regelungen lassen jegliche Präsenzveranstaltung in diesem Jahr nicht zu. Online geht aber Einiges. Bitte verfolgt die Presse dazu!

Die rechtsterroristische Gefahr ist derzeit real und akut, auch im Kreis Pinneberg. Dem müssen wir entschlossen und geschlossen entgegentreten. Der Kreis Pinneberg ist deshalb seit dem 1.1.2017 Mitglied im Förderverein „Gegen das Vergessen – Spurensuche im Kreis Pinneberg und Umgebung 1933-1945 e.V.“ Dem Verein geht es darum, die lokale und regionale Zeit des Nationalsozialismus mahnend wach zu halten und den Ursachen und Erscheinungsformen der NS-Herrschaft nachzuspüren.

Zu den Haushaltsberatungen 2021/2022 haben wir einen Antrag zur „Förderung der Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus im Kreis Pinneberg“ formuliert und hoffen, ihn im neuen Jahr im Fachausschuss zu beraten und in den Nachtragshaushalt bringen zu können. Der Kreis Pinneberg soll sich damit zur Anerkennung und Unterstützung der Arbeit von Gedenkstätten und Institutionen an die Opfer des Nationalsozialismus bekennen und ein Konzept für die „Förderung der Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus im Kreis Pinneberg“ erarbeiten. Zur fachlichen Unterstützung sollen u.a. Verbände und Gemeinden sowie die Gedenkstätte Springhirsch im Kreis Segeberg einbezogen und Kreismittel bereitgestellt werden.

Für Fragen und Anregungen stehen wir euch gerne zur Verfügung.

Eure Kreistagsfraktion